

ASTA INFO

Herausgegeben vom Allgemeinen Studentenausschuß und den Fachschaften der Justus-Liebig-Universität Gießen

vom 9. - 16. Februar 1982

Brigitte Heinrich —

Ein Skandal geht seinen rechtsstaatlichen Gang

VERANSTALTUNG *asta/fs jura*

MI IO.2.82

SEMINARRAUM (UNI-HAUPTGEBÄUDE)

BRIGITTE HEINRICH

Brigitte Heinrich soll in Kürze eine 21 Monate lange Haftstrafe antreten, bei der 4 1/2 Monate Untersuchungshaft angerechnet werden.

Brigitte wurde vom Landgericht Karlsruhe am 25. Juli 1980 angeblich 'wegen vorsätzlicher unerlaubter Einfuhr von explosionsgefährlichen Stoffen und wegen vorsätzlichen Einführens, Erwerb und Weitergabe von Kriegswaffen ohne die erforderliche Genehmigung' verurteilt. Tatsächlich be- und verurteilte wurde in Karlsruhe etwas ganz anderes, doch dies andere - politisches Engagement als linke Intellektuelle nämlich - hat einen Nachteil: es ist juristisch nicht subsumierbar.

Dementsprechend sah dann auch die Anklage aus:

Seit 1970 war dem Staatsschutz keine Denuziation zu platt, um Brigitte der angeblichen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung anzuklagen - zweimal ohne Erfolg. Zuerst 1971 wurde sie verhaftet und drei Wochen in U-Haft festgehalten, um dann widerwillig wieder freigelassen zu werden, da die Vorwürfe sich als nicht haltbar erwiesen. Das zweite Mal schlug das BKA im Rahmen einer bundesweiten Fahndung 1974 zu, diesmal aufgrund von Denunziationen des im Schmücker-Prozeß bekanntgewordenen Kronzeugen Jürgen Bodeux. Nach 4 1/2 Monaten U-Haft war die Staatsanwaltschaft wiederum am Ende. Brigitte erhielt Haftverschöpfung und zwei Wochen später wurde der Haftbefehl in aller Stille aufgehoben.

Statt sich jedoch bei Brigitte Heinrich für die aufgrund falscher Beschuldigungen abgesessene U-Haft zu entschuldigen, präsentierte die Bundesanwaltschaft einen neuen



Haftbefehl, der vor allem wohl die Funktion hatte, die vorausgegangene Haft zu legitimieren. Geblieben war nur die Person der Angeklagten, alles übrige war neu zurechtgeschnitten: Der Tatvorwurf, Ort- und Zeitpunkt, die Zeugen. Gerade rechtzeitig für die Bundesanwaltschaft waren in der Schweiz drei Männer verhaftet worden, die man des Waffendiebstahls und -transportes beschuldigte. Als bei den Vernehmungen der drei der Name 'Brigitte' auftauchte, schaltete das BKA sich ein. Nach 6 Wochen intensiver Verhöre sah sich einer der Beschuldigten endlich in der Lage, auf Vorlage eines Fotos die erwähnte 'Brigitte', die an einem Waffentransport beteiligt gewesen sein soll, als Brigitte Heinrich zu identifizieren. Dieser unter massiven Druck gesetzte Beschuldigte avancierte dann zum Kronzeugen, der im Prozeß selbst nie erschien und dem Brigitte nie gegenübergestellt wurde.

Trotz denkbar schlechter Beweislage hielt das Gericht unbeirrbar an seinem Vorsatz, eine 'Sympathisantin' ihrer Strafe zuführen zu müssen, fest. Eine Revision des Urteils lehnte das BGH am 7. Oktober 81 ab. Die Begründung ist schlicht gehalten: '... Da die Nachprüfung des Urteils ... Keinen Rechtsfehler zu zum Nachteil der Angeklagten ergeben hat.' Eine Verfassungsbeschwerde wurde inzwischen aus Formgründen ebenfalls abgelehnt.

Betrifft: POLITISCHE MEINUNGSFREIHEIT

Nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster vom 10.10.81 (Verbot v. Beitragszahlungen an die VDS) holt die Kultusbürokratie zum letzten vernichtenden Schlag gegen die VEREINIGTEN DEUTSCHEN STUDENTENSCHAFTEN (einem Zusammenschluß sämtlicher bundesrepublikanischer Schtudentenschaften in Form eines Vereins) aus.

Nach Fulda und Darmstadt ist auch dem Gießener ASTA per RECHTSAUFSICHTSVERFÜGUNG verboten worden, weiterhin Beiträge an die VDS zu zahlen, weil die VDS auch ALLGEMEINPOLITISCH tätig sei!

Stichworte zur politischen Biographie von Brigitte Heinrich

- Beteiligt an der "Ostermarsch"-Antiatombewegung
- Studium der Volkswirtschaft
- 1966/67 Pressereferentin des SDS-Bundesvorstandes
- 1968-71 Verfasserin von Büchern und Zeitschriftenartikeln über die Intervention in der CSSR, BRD-Imperialismus, Ausbeutung der 3. Welt
- 1971 3 Wochen Untersuchungshaft wegen des "Verdachts der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" (§ 129), später Haftentschädigung
- 1971-74 Bücher und Artikel über Türkei, Brasilien, Chile, Iran, Ölkrise
- Mitorganisatorin des Angela-Davis-Kongresses, des Kongresses "Freiheit für Angola, Mozambique und Guinea", Russell-Tribunal u.a.
- Lehrbeauftragte an der Universität Frankfurt Fachbereich Gesellschaftswissenschaften (Internationale Beziehungen)
- 1974 verhaftet bei der "Aktion Winterreise"; nach 5 Monaten U-Haft Haftverschöpfung mit den Auflagen: Kautions durch die Mutter, Verbot, die BRD zu verlassen, wöchentliche Meldepflicht bei der Polizei. Allein das Ermittlungsverfahren führte zur Verweigerung des Lehrauftrags an der Uni.
- 1975-80 Präsidentin des Studentensparlamentes, Auslandsreferentin im ASTA
- 1976 Der Haftbefehl wegen der Winterreise wird aufgehoben, die Gründe dafür fallengelassen. An deren Stelle wird ein neuer Haftbefehl ausgestellt mit dem Vorwurf "Waffenschmuggel" und wieder § 129
- Ab Oktober 1979 Prozeß in Karlsruhe
- Juli 1980 Ende des Prozesses mit dem Urteil: 21 Monate Haft
- Oktober 1981 Ablehnung der Revision
- Januar 1982 Rechtskräftiges Urteil bei der Vollstreckungskammer

BUNDESREGIERUNG STREICHT ZUSCHÜSSE ZUR KRANKENVERSICHERUNG: 70%IGE BEITRAGSERHÖHUNG FÜR STUDENTEN!

Wieder einmal hat die Bundesregierung gezeigt, wie "sozial" ihre Politik wirklich ist; rücksichtslos verfolgt sie ihr Ziel, die Milliardenlöcher im Haushalt zu stopfen und trifft ihre Einsparungsmaßnahmen auf Kosten vieler, um deren finanzielle Lage es ohnehin schlecht bestellt ist - darunter der Studenten. Deutlich wird dies anhand des sog. 2. Haushaltsstrukturgesetzes. Dieses Gesetz sieht - neben anderen Kürzungen vor allem im Sozialbereich - vor, ab dem SS '82



selbstversicherten Studenten/innen die Zuschüsse zu den Beiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung zu streichen. Das heißt konkret, daß sich die Kosten pro Semester von 186,-DM um 70%(!) auf 328,68DM erhöhen! Die monatliche Belastung beträgt mithin 54,78DM, das sind 8,3% des BAFÖG-Höchstsatzes! Betroffen von dieser Regelung sind - wie sollte es auch anders sein - vor allem die Studenten/innen höheren Semesters. Denn die Möglichkeit, sich bei den Eltern mitversichern zu lassen, besteht nur bis zum 25. Lebensjahr. Wer älter ist, muß sich selbst versichern, es sei denn, man/frau ist verheiratet und kann daher beim Ehepartner mitversichert sein - aber das trifft wohl nur auf eine kleine Minderheit unter allen Studenten/innen zu. Dagegen kann man bei den Studen-

ten/innen, die sich selbst versichern müssen, kaum von einer Minderheit reden, bedenkt man, daß viele erst über den 2. Bildungsweg an die Uni kommen oder etwa nach dem Abitur erst mal arbeiten, bevor sie sich für ein Studium entscheiden und von daher schon bei ihrer Immatrikulation 25 oder älter sind. Sollte diese Maßnahme als ein Versuch angesehen werden, Studenten/innen dazu zu bewegen, ihr Studium frühzeitiger abzuschließen, kann dies nur als ein schlechter Scherz angesehen werden. Die Streichung der Zuschüsse zu den Krankenversicherungen stellt - im Zusammenhang mit anderen "sozialen" Maßnahmen wie der Kürzung des Kindergeldes für Zweit- und Drittkinder, der geplanten sog. Lockerung der Mietpreisbindung oder

der evtl. anstehenden Erhöhung der Mehrwertsteuer - für die Studenten/innen eine derart hohe finanzielle Belastung dar, daß viele (vor allem diejenigen, die kein BAFÖG bekommen) gezwungen sind, sich ihr Studium durch Jobs zu finanzieren, und das nicht nur in den Semesterferien. Und daß Jobs und ein "ordentliches" Studium einander ausschließen bedarf wohl keiner näheren Erläuterung. Übrigens: Die Bundesregierung wird mit der Streichung der Zuschüsse '82 voraussichtlich ca. 85 Millionen DM einsparen. Man/frau sieht, SPD und F.D.P. sind auf dem "rechten" Weg.

P.S.: Wer BAFÖG kriegt, ist nicht ganz so schlimm dran, das Studentenwerk schießt jedem selbstversicherten BAFÖG-Empfänger 38,-DM zu.

ALLGEMEINE ORTSKRANKENKASSE GIESSEN



AOK Gießen - Postfach 11 01 30 - 36001 Gießen 11

Beiträge zur Krankenversicherung der Studenten für das Sommersemester 1982

Sehr geehrtes Mitglied,

der Gesetzgeber hat die beitragsrechtlichen Bestimmungen für die Krankenversicherung der Studenten geändert. Dadurch haben Studenten, Praktikanten sowie Examenkandidaten, die nach den Vorschriften des Gesetzes über die Krankenversicherung der Studenten krankenversichert sind, höhere Beiträge zu leisten. Vom Beginn eines jeden neuen Semesters an wird sich in der Regel ein neuer Beitrag ergeben.

Für die Berechnung der Beiträge ist der durchschnittliche allgemeine Beitragssatz der Krankenkassen und Ersatzkassen - gekürzt auf 7/10 - sowie der BAFÖG-Betrag von 620,00 DM bzw. ab 01.04.1982 der von 660,00 DM monatlich maßgebend.

Nach einer Übergangsregelung ergeben sich für das Sommersemester 1982 bzw. ab 01.04.1982 folgende Beiträge:

Studenten der Hochschulen	Studenten der Fachhochschule	Examenkandidaten
Vom 01.04. - 30.09.82 = 54,78 DM x 6 = 328,68 DM	März 1982 = 51,46 DM Vom 01.04. - 31.08.82 = 54,78 DM x 5 = 273,90 DM 325,36 DM	Ab April 1982 monatlich 54,78 DM

Im Falle, daß bereits Beiträge für das Sommersemester 1982 in der bisherigen Höhe (186,00 DM) geleistet wurden, bitten wir darum, zum Ausgleich den Differenzbetrag an die AOK Gießen zur Einzahlung zu bringen. Der Differenzbetrag beträgt für Studenten der Hochschule 142,68 DM und für die der Fachhochschule 139,36 DM.

"Mit freundlichem Gruß, Ihre Krankenkasse."

Solche oder ähnliche Briefe haben die meisten selbstversicherten Studenten bereits in den letzten Wochen erhalten.

DIE «WENDE» kapitalistische Krise und ihre Perspektiven

Über wirtschaftliche Vorgänge zu schreiben ist nicht einfach, ist dies doch auf den ersten Blick ein theoretisches und trockenes Gebiet. Macht man sich jedoch klar, was die gesamtwirtschaftlichen Abläufe für unsere jetzigen und zukünftigen Lebensverhältnisse bedeuten, so wird die Sache interessanter.

Ausgangspunkt soll der Ende letzten Jahres verabschiedete Haushalt 82 sein. Hier seien nur nochmals einzelne Maßnahmen erwähnt, die aber den Charakter des gesamten Haushaltes kennzeichnen.

Die Sozialhilfe wird um rund 350 Mio. DM gekürzt. Dies ist mehr als eine einfache Beschneidung der Ausgaben um 3%. Sie bedeutet, daß ausdrücklich der Anspruch aufgegeben wird, daß jedem Menschen in der BRD Minimalbedingungen eines menschenwürdigen Lebens garantiert werden. Diese Minimalbedingungen in Form des "Regelsatzes" werden nun, auch das ist festgelegt, nach den Finanzen der Sozialhilfeempfänger bestimmt.

Mit die stärksten Kürzungen erfährt die Arbeitslosenversicherung. Dies betrifft sowohl das Arbeitslosengeld als auch den Bereich Arbeitsförderungsmaßnahmen, Umschulung, berufliche Bildung usw., wobei auf die letzte Problematik hier nicht eingegangen werden kann. Die Bezüge der Beamtenanwärter (z.B. Lehrerreferendare) werden um 6 bis 15% gekürzt, während die Bezüge der hohen Beamten sich nur um 1% verringern.

Schließlich sind noch die Beschlüsse zum Wohnungsbau, Fehlbelegungsabgabe, Lockerung der Mietpreisbindung zu nennen: jeder einzelne Beschluß wird Mieterhöhungen nach sich ziehen, besonders im sozialen Wohnungsbau; gleichzeitig werden Bauherren, Spekulanten und Konzerne gemästet. Werden die zuerst genannten Maßnahmen und Studenten erst nach Beendigung des Studiums treffen, werden wir die letztere sofort spüren.

Neben bei bemerkt ist es ein Hohn, von einem Erfolg der Aktionswoche, woanders auch Streik genannt, zu sprechen, da im Vermittlungsausschuß das SchülerBAFÖG nicht gestrichen worden ist. An der Höhe der Kürzungen die Lohnabhängige und "sozial Schwache" betreffen, hat sich nichts geändert, nur zwischen den einzelnen Maßnahmen wurde etwas verschoben.

Kurz nach der Verabschiedung des Haushaltes wurden die neuen Rekordzahlen der Arbeitslosen bekannt. Im Dezember gab es in der BRD 1,7 Mio. Arbeitslose plus Kurzarbeiter plus nicht registrierte Arbeitslose, also insgesamt über 2 Mio. 1982 sollen es sogar über 2 Mio. registrierte Arbeitslose werden. Alleine wegen dieser Entwicklung sind die nächsten "Haushaltslöcher" so sicher wie das Amen in der Kriche. Aber geht es bei der augenblicklichen Wirtschaftskrise um mehr, als nur um Haushaltskürzungen.

Rekord an Arbeitslosen			
		Nov. 81	Nov. 80
Frankreich	Tsd.	2016	1613
	%	8,9	7,1
Italien	Tsd.	2112	1816
	%	9,5	8,2
Niederlande	Tsd.	443	297
	%	8,5	5,7
Belgien	Tsd.	518	425
	%	12,8	10,5
USA	Tsd.	9400	7946
	%	8,4	7,5
		Okt. 81	Okt. 80
Japan	Tsd.	1220	1130
	%	2,1	2,0
		Dez. 81	Dez. 80
Großbrit.	Tsd.	2941	2244
	%	12,2	9,3
BRD	Tsd.	1700	1118
	%	7,3	4,8

Quelle: Eurostat, Financial Times 4.1.82.
Angaben für BRD geschätzt

Wenn Westdeutschlands Politiker, Verbandspräsidenten und Bankensprecher, nach den USA und Großbritannien schielen, Kurskorrekturen und ähnliches fordern, so wissen sie den stummen Zwang der Verhältnisse hinter sich, son t aber auch nichts. Sie vollziehen politisch nach, was die ökonomische Realität bereits mit der Krise 1974/75 vollzogen hat und was sich nun immer deutlicher herauschält. Diese Krise war nicht bloß einer der notwendigen Durchgangspunkte im kapitalistischen Reproduktionsprozeß, eine der Krisen, die die widerstreitenden Entwicklungen für den Augenblick zum Ausgleich bringen; sondern der Wendepunkt einer langfristigen Entwicklung. Die besonderen Bedingungen durch den Neuaufbau der Industrie nach 1945 waren entgültig dahin. Die Zuwachsraten der materiellen Reichumsproduktion werden nicht wieder die Höhe früherer Jahre annehmen. Das Kapital wird sich nicht mehr eine zusätzliche Bevölkerung aus anderen Ländern heranzuführen, sondern auf eine überschüssige Bevölkerung in seinen eigenen nationalen Grenzen zurückgreifen können und diese überschüssige Bevölkerung als ständiges Druckmittel zur Hand

haben. Insofern hat in der wirtschaftlichen Entwicklung die Wende schon stattgefunden, der die bürgerlichen Politiker hechelnd hinterherrennen.

In der jüngsten Krise wird offenbar, wie das Kapital zur Schranke für die Entwicklung der Produktivkräfte wird. Einerseits fordert die kapitalistische Produktionsweise die unbedingte Entwicklung der Produktivkräfte, andererseits gerät sie dabei in Konflikt mit dem beschränkten Zweck, Produktion von Profit, zu dem sie diese Entwicklung fordert. Die Steigerung der Produktivkräfte zieht eine sinkende Verwertung der existierenden Kapitals an sich, während gerade die Verwertung des existierenden Kapitalwerts der einzige Zweck und das alles regulierende Motiv der kapitalistischen Produktion ist. Darauf aber bestehen gerade die Verfechter der "politischen Wende". Ihnen sind die Produktionsmittel nicht Mittel der Vermehrung der Gebrauchswerte, sondern nur Mittel der Verwertung des Kapitalwerts.

Aber damit nicht genug, daß die Krise länger und tiefer sit, als immer wieder zugegeben; und daß die geforderten Mittel zur Behabung der Krise genau die Mittel sind, die in die Krise geführt haben. Im Zusammenhang mit der 'politischen Wende' wird das Aufgeben des "Anspruchsdenkens" und die Verringerung der "staatlichen Transferleistungen" gefordert. Wie schon im Haushalt '82 gezeigt, sind damit aber nur ganz bestimmt staatliche Leistungen gemeint; insbesondere der Sozialbereich, daß was den Lohnabhängigen usw. zugute kommt.

An den Einkommensausgleich, den die ökonomisch Schwachen für sich fordern, haben sich längst die Mächtigen, gerade auch Großunternehmen angehängt, die der öffentlichen Nahhilfe am wenigsten bedürfen. Es gibt ein vielfältiges Subventionswesen: Nutznießer sind u.a. Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie, Kohlenbergbau, Filmindustrie, Schiffs- und Flugzeugbau, Tabakindustrie, usw. - um hier vom Einzelhandel, vom Handwerk, von den freien Berufen ganz abzusehen. Hierher gehören natürlich auch Abschreibungserleichterungen usw.

Entgegen allen Lobliedern auf die "freien Kräfte des Marktes" und den "unternehmerischen Wagemut" greift

der Staat immer mehr in alle möglichen Wirtschaftsbereich ein (wie die obigen Beispiele zeigen) bis hin zur direkten Versicherung von Geschäften (Hermesbürgschaft). Damit zeigt das Kapital einerseits, daß es immer weniger in der Lage ist, die wirtschaftlichen Prozesse zu regeln, andererseits ist der bürgerliche Staat unter den Bedingungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung dazu genauso wenig in der Lage.



DER DRITTE WELTKRIEG HAT SCHON BEGONNEN !!!

Die Friedensbewegung in den europäischen Ländern hat, seit der Entscheidung der Nato, in Europa weiter atomar aufzurüsten, an Umfang und Stärke gewonnen, da viele Menschen heute Angst vor einem alles vernichtenden Dritten Weltkrieg haben. Erinnern wir uns nur an die Demonstrationen der letzten Monate in ganz Europa, an der zig Tausende teilgenommen haben, um für Frieden und Abrüstung zu demonstrieren.

Doch der Dritte Weltkrieg hat schon begonnen !!!

Es ist nicht der wieder neu aufgelegte Kalte Krieg zwischen Ost und West, sondern der Krieg der imperialistischen Metropolen und ihrer Vasallen in den Ländern der sogenannten Dritten Welt gegen die Völker derselben. Dieser Krieg ist meistens ein lautloser, denn ein verhungertes Kind kann nicht mehr schreien. Die Opfer gehen jedes Jahr in die Millionen: Menschen, die verhungern; Kinder, die an einfachen Viruserkrankheiten, wie Grippe sterben; Frauen, die die Geburt ihres Kindes nicht überleben, da es keinerlei medizinische Versorgung gibt; usw. usw. ...

Menschen, die sich in diesen Ländern gegen solche Verhältnisse wehren, die uns hier unseren Reichtum bescheren, ihnen aber nur Brotkrumen übriglassen, erleiden brutalste Repressionen: Gewerkschaftler, die für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen kämpfen, verschwinden und tauchen später als verstümmelte Leichen wieder auf; Demonstrationen werden nicht wie hier zusammengeknüpelt sondern zusammengeschnitten.

Viele Menschen hier werden jetzt sagen, daß das alles schrecklich sei, aber eben in Bananenrepubliken oder exotischen afrikanischen Staaten mit ihren Potentaten so üblich. Doch dies ist nur eine Verschleiierung der Tatsachen. Es gibt ein imperialistisches System, das "geboren" wurde als der Kapitalismus die Fesseln seiner Kindheit abgestreift hatte und expandierte, um sich die "unerschlossenen" Gebiete dieser Erde untertan zu machen. Zuerst waren es die imperialistischen Mächte selbst, die diese Länder regierten und die Grenzen nach ihren Interessen zogen. Heute, da diese Kolonien selbstständig sind, haben die imperialistischen Mächte Vasallen in diesen Staaten, die dafür sorgen, daß das System funktioniert und dafür ihren Lohn, die Teilnahme an der Ausbeutung, erhalten. Und das System funktioniert meistens sehr gut! Die transnationalen Konzerne der kapitalistischen Metropolen beuten die Menschen und die natürlichen Ressourcen der sogenannten "Dritten Welt" mit der Hilfe von deren Bourgeoisie aus, so daß wir hier Bananen billiger kaufen können als in den Erzeugerländern, daß die Bundesregierung durch Heizöl- und Benzinsteuer mehr Geld am Öl verdient als die "sagenhaft" reichen Ölländer, aus denen wir unser Erdöl beziehen, ganz zu schweigen von Exxon, BP, Shell, usw., die jährlich neue Rekordgewinne melden. Die Preise für die Produkte der unterentwickelten gehaltenen Länder werden nämlich auf den Rohstoffmärkten in London, New York, u.a. oder von den transnationalen Konzernen gemacht, die

haben nicht den geringsten Einfluß. Dieses System ist nur mit Gewalt aufrecht zu erhalten, denn die Menschen in den abhängig gehaltenen Ländern haben nichts zu verlieren als ihre Ketten und versuchten seit der "Geburt" dieses Systems, es zu zerschlagen. Man denke nur an die Indianerkriege in Nord- und Südamerika oder die Aufstände in Afrika gegen die Herrschaft des "Weißen Mannes". Heute sind es Befreiungsbewegungen in diesen Ländern, die diese Tradition fortsetzen. Und da zeigt sich wieder die enge Zusammenarbeit der Herrschenden hier mit den Herrschern dort. Waffen werden geliefert, "Ausbilder und Berater" geschickt und wenn alles nicht hilft, entsendet man die Truppen. Vietnam, Guinea-Bissau, Angola und Mosambik sind Beispiele der jüngsten Vergangenheit. Jetzt ist es in Mittelamerika wieder soweit !!!

Herren im Pentagon und im state departement sich dazu entschlossen, keinerlei Reformen zuzulassen, die für das System Sprengkraft besitzen könnten. Notfalls wird, wie heute in El Salvador, eine Politik der verbrannten Erde betrieben, um die Veränderungen zu verhindern. Mit dieser Vernichtungsstrategie des Imperialismus stehen die USA aber im Widerspruch zu der europäischen Sozialdemokratie und den Sozialisten, die sich in der Sozialistischen Internationale für eine reformistische Imperialismusstrategie entschieden haben. (Siehe dazu ASTA-Info Internationalismus vom 20.1.82) Dieser Widerspruch läßt sich aus den Veränderungen in der Weltwirtschaft in den letzten 10 bis 20 Jahren herleiten. Während noch lange Zeit nach dem 2. Weltkrieg das us-amerikanische Kapital auf dem Weltmarkt dominierte, haben in den



Das state departement in Washington schließt eine Truppenentsendung nach El Salvador nicht mehr aus, da trotz Waffen- und Wirtschaftshilfe, trotz "Berater", trotz Ausbildung einer salvadorianischen Eliteeinheit in den USA, die Befreiungsbewegung Farabundo Martí (FMLN) immer weiter an Terrain gewinnt. Natürlich hat man im Weißen Haus auch gleich eine Begründung parat: Es gelte, die von Moskau und Kuba gesteuerten "Terroristen" zu bekämpfen oder den "Weltkommunismus" im Allgemeinen. Dazu meint der liberale, ehemalige US-Botschafter in El Salvador R. White: "Praktisch jede revolutionäre Bewegung, zum Beispiel in El Salvador, begann als antikommunistische Gruppe. Und alle wurden erst prokommunistisch, als die Vereinigten Staaten kein Verständnis für ihre gerechten Anliegen aufbrachten und weiterhin die bestehenden ungleichen Herrschaftsstrukturen stützten." Und: "Die Weisheit über Zentralamerika beginnt mit der Erkenntnis, daß äußere Faktoren zwar einen Einfluß auf die revolutionären Bewegungen haben, daß der aber marginal ist. Diese Bewegungen würden sich auch ausbreiten, wenn Kuba gar nicht existierte." (Spiegel Nr. 5/1.2.82) Doch Mr. White, der sich für systemimmanente Reformen ausspricht, hat heute in Washington nichts mehr zu sagen. In der jetzigen Krisensituation der Weltökonomie, die auch in den Metropolen, wie den USA, Japan und Europa, Massenarbeitslosigkeit verursacht, haben die

letzten 10-20 Jahren das europäische und japanische Kapital kräftig aufgeholt und sind, auch auf den bis dahin us-dominierten Märkten Lateinamerika und Asien, als Konkurrenten aufgetreten. In der Bundesrepublik ist das anhand der Wirtschaftsstatistiken während der sozialliberalen Koalition gut zu erkennen. Dabei vertritt die Sozialdemokratie die dynamischen, reformwilligen



Kapitalfraktionen, die sich mit dieser oben erwähnten Strategie bessere, langfristige Akkumulationsmöglichkeiten erhofft, während die Reagan-administration den harten Flügel des US-Kapitals vertritt. Diese Konkurrenz hat in der jetzigen Weltwirtschaftslage natürlich zugenommen, da es um jetzige und zukünftige Absatz- und Rohstoffmärkte geht. Aus diesem Grunde zeigen sich z. Zt. immer häufiger Unterschiede in der Politik Washingtons und der seiner europäischen Verbündeten, weshalb schon mehrfach Unterhändler Reagans nach Europa reisen mußten, um die amerikanische Politik, z.B. in El Salvador zu "erklären". Dabei taucht auch wieder die alte Monroe-Doktrin auf:

Schwedens Außenminister vergleicht El Salvador mit Polen

Kritik an den Vereinigten Staaten / Palme erinnert an Vietnam / Cheysson in Stockholm
FAZ 5.2.82

W.A. STOCKHOLM, 4. Februar. In Schweden kündigt sich vor dem Hintergrund der Ereignisse in El Salvador eine neue anti-amerikanische Welle nach dem Vorbild der Vietnam-Demonstrationen zu Beginn der siebziger Jahre an. Diese Parallele wurde jetzt ausdrücklich von dem sozialdemokratischen Oppositionsführer Palme gezogen, der die Vereinigten Staaten in einer Rede vor dem Reichstag beschuldigte, auf neue militärische Lösungen in einem Land zu suchen, dessen "Volk" gegen seine Machthaber aufbegehre. In Vietnam habe Washington sein Vorgehen seinerzeit unter Hinweis auf das kommunistische China zu rechtfertigen versucht, während es nun hinter der Rebellenbewegung in El Salvador die Sowjetunion, Kuba und Nicaragua „zu sehen glaubt“ und mit dieser Begründung das dortige „Terrorregime“ unterstütze. Der schwedische Außenminister Ullsten wiederum verglich die „Revolte“ in El Salvador mit dem Freiheitsstreben in Polen, verurteilte die amerikanische Hilfe nicht minder stark und ließ durchblicken, seinen französischen Kollegen Cheysson, der am Donnerstag zu einem Besuch in Stockholm eintraf, für eine gemeinsame Initiative

mit dem Ziel einer salvadorianischen Verhandlungslösung gewinnen zu wollen.

Ullsten hatte sich in der sogenannten Generaldebatte des Reichstags zunächst auf die Lage in Polen beschränkt und war sowohl mit dem Regime des Generals Jaruzelski als auch mit der Sowjetunion scharf ins Gericht gegangen. Palme hingegen brachte die Sprache umgehend auf El Salvador, wo „mit Hilfe der Vereinigten Staaten“ im vorigen Jahr „nicht weniger als 16.000 Menschen ermordet“ worden seien. Diese „Mordkampagne“ aber halte an und richte sich in erster Linie „gegen reformistische Kräfte, gegen unsere sozialdemokratischen Freunde in El Salvador“. Der Oppositionsführer forderte in diesem Zusammenhang die schwedische Regierung auf, den Hilfseinsatz zur Rettung von Menschenleben in Zentralamerika zu erhöhen. Es gelte zu demonstrieren, daß die westliche Demokratie „nicht nur aus Hubschraubern und Todespatrouillen“ bestehe.

Ullsten antwortete darauf, er stimme mit dem sozialdemokratischen Parteivorsitzenden uneingeschränkt überein. Die Entwicklung in El Salvador habe

Mittelamerika geschickt hatte und sich für Verhandlungen ausgesprochen, schweigt sie sich heute zu dem Krieg in El Salvador ganz aus. Wir möchten die beiden, oben genannten Imperialismusstrategien anhand von zwei Zeitungs-ausschnitten eines Tages aufzeigen. Der Artikel der FAZ vom 5.2.82 läßt erkennen, wie weit die Vernichtungsstrategie des US-Imperialismus zu gehen bereit ist. Der Artikel der FAZ des gleichen Tages zeigt die reformistische Strategie der europäischen Sozialdemokratie, die durch systemimmanente Reformen die bestehenden Herrschaftsstrukturen langfristig zu stabilisieren sucht.

USA schließen Truppeneinsatz in El Salvador nicht aus

Sprecher des Weißen Hauses nimmt Stellung zu Äußerungen Haigs / Erklärung Reagans zur Lage in Mittelamerika erwartet
FAZ 5.2.82

WASHINGTON, 4. Februar (AFP/AP). Die Entsendung von Kampftruppen nach El Salvador zur Stützung der Regierungsjunta in dem zentralamerikanischen Land schlossen die USA nicht aus. Das machte der Sprecher des Weißen Hauses, Larry Speaks, in der Nacht zum Donnerstag in Washington deutlich. „Im Augenblick“ beabsichtige US-Präsident Ronald Reagan allerdings noch nicht den Einsatz von Truppen, sagte Speaks.

Außenminister Alexander Haig hatte zuvor vor dem Außenpolitischen Senatsausschuß gesagt, die Regierung werde „alles Notwendige tun“, um einen Umsturz in El Salvador zu verhindern. Auf die Frage, ob Haig damit auch eine Truppenintervention gemeint habe, sagte Sprecher Speaks: „Ja, so ist es.“ Washington sei über die Entwicklung in El Salvador „sehr beunruhigt“. Reagan werde in Kürze eine Erklärung über die Lage in Mittelamerika abgeben. Zuvor hatte der Unterstaatssekretär im US-Außenministerium, Thomas Enders, vor

der Presse in Washington gesagt, für die USA spiele sich „die entscheidende Schlacht um Zentralamerika in El Salvador“ ab.

Der Außenminister Nicaraguas, Miguel d'Esoto, hat der US-Regierung vorgeworfen, sein Land „Kuba und der Sowjetunion in die Arme zu treiben“. Washington stempelte Managua „zum hauptsächlichen Destabilisierungsfaktor in der Region ab, um seine strafbare Einmischung in El Salvador zu beseitigen“, sagte der zu einem Privatbesuch in New York weilende Außenminister. Er wies den Vorwurf zurück, sein Land diene als Ausgangsbasis für die Bewaffnung der salvadorianischen Guerillas.

11.2. ★ 1930
EL SALVADOR - VERANSTALTUNG



JUSTUS - LIEBIG - UNIVERSITÄT GIESSEN

DER PRÄSIDENT



Justus-Liebig-Universität Gießen Postfach 111440 6300 Gießen II

Herrn

Gießen, den 29.1.1982
Ludwigstr. 23
F: 0641-702/ 2015 Ku/k
Telex 482956

Az: 1/10

Betr.: Telefonanschluß 6019 im Universitätsnetz

Bezug: Ihr Schreiben vom 27.1.1982

Sehr geehrter

ich bestätige den Eingang Ihres oben genannten Schreibens. Es ist zutreffend, daß derzeit der Telefonanschluß 6019 gesperrt ist. Das hängt damit zusammen, daß im Bereich der Fachschaft Agrar/HuE derzeit kein entsprechend den gesetzlichen Vorschriften gewählter Fachschaftsrat (früher: Fachschaftsvorstand) existiert. Im Dezember vergangenen Jahres durchgeführte Wahlen auf einer "Vollversammlung" erfolgten im Widerspruch zu den gesetzlichen Vorschriften. Die Telefonsperre wird aufgehoben, sobald ordnungsgemäße Wahlen erfolgt sind.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag:

(Kübel)

Wir trauern
um unser
Telefon



Es wurde während
der Arbeit aus unserer
Mitte gerissen

In erboster Trauer:

Fachschaft H & E + agrar

Trauer- & ~~W~~ Adresse: Präsidialbüro
Ludwigstr. 23
TEL.: 0641/402-2000

'ne DEMO

Am Donnerstag den 10.12.1981 war eine Demonstration der Studenten/innen der Universität Gießen angekündigt, die sich gegen die geplanten und noch am selben Tag im Ständigen Ausschuß III (StA III; Haushaltsausschuß der JLU-Universität) von der konservativen Mehrheit der Professorenschaft beschlossenen Selbstdurchführung der Stellenstreichungen richtete. Der Beginn war auf 14 Uhr festgesetzt. Zu dieser Zeit tagte der StA III noch. Mit obligatorischer Verspätung setzte sich gegen 14.40 Uhr ein Demonstrationzug von ca. 500 Leuten in Bewegung, um die ebenso obligatorische Demostrecke abzulaufen. Die Atmosphäre war in Anbetracht der absolut niederschmetternden "Fehlbeileitung" resigniert bis sarkastisch. Obwohl einige Kommilitonen/innen zunächst noch ungebrochenen Mutes bestrebt waren die Stimmung durch Anstimmen mancher selbsterdachten "Streichungslieder" zu heben, mußten auch sie spätestens nach mehreren 100 Metern einsehen, daß auch das nicht viel Euphorik hervorrufen konnte. Ablenkung dagegen versprachen die vielen kleinen "Schneeballscharmützel" am Rande des Demonstrationzuges und manch eine/r, die/der diesen Zug beobachtete, hätte meinen können, es handele sich um einen organisierten Betriebsausflug der Studentenschaft in Gießen in Zusammenhang mit einem Stadtbesichtigungsprogramm und integriertem Winterfreizeitvergnügen. Nur vereinzelt kamen Sprechchöre auf. Nachdem der Zug in Richtung E-Klo auf die Frankfurter Str. bog, brachte die Durchtrennung der Demonstration durch die Bahn-schranken einige Autofahrer und einen Busfahrer in aggressive Stimmung. In der Fußgängerzone wurde dann mit vielen Mitteln versucht, Stimmung und Engagement zu "demonstrieren". Soweit zu beurteilen, ist es auch gelungen, dem Seltersweg-Konsumenten eine relativ intakte revolutionäre Studentenschaft vorzuführen. Dummerweise reizten zu viele kleine Aufwärmöglichkeiten auf dem Weg zum Kundgebungsplatz am Brandtplatz zum "Aussteigen". Alle "Aussteiger", die dem Lockruf eines konsumterroristischen Glühweins erlagen, abgerechnet, fanden sich dann nur noch um die 100 Leute zur Kundgebung ein. Dann kam die Kundgebung mit geballter revolutionärer Kraft. - Doch halt... Zunächst kamen erst einmal ein paar geballte Schneebälle auf den ASTA-Sprecher zu - und das mit erheblicher revolutionärer Kraft. Dann aber war die Masse konzentriert. Sie war darauf konzentriert, allen Schneebällen auszuweichen und warme Füße zu behalten. Während der Rede wurde allen klar, daß die Menge um ein weiteres Mal schrumpfte. Doch dies lag sicher nicht an der Rede, denn die berichtete über die bekannten Stellenstreichungen, der Wassertemperatur - Reduzierung im Hallenbad der Sportler, der Situation bei den Biologen und dem Vorhaben nach Beendigung der Demo zum StA III zu gehen. Als ein weiterer Höhepunkt wurde dann ein zweiter Sprecher angekündigt, doch auch den muß etwas wichtigeres aufgehalten haben, als so eine kleine unbedeutende Studentendemonstration. Frau/man kann nur froh sein, daß wir in der Nähe des Brandplatzes nicht von vorbeikommenden Passanten entdeckt und als Demonstration-kundgebung der Studentenschaft identifiziert wurden. Das hätte doch unser mühsam hochgehaltenes Protest-Image in der Fußgängerzone völlig unterminiert. Man/frau stelle sich nur vor, jemand käme nach Hause und erzählte, er oder sie wäre heute doch tatsächlich von einer 100 Leuten Demonstration aufgehalten worden. Frage: Und weshalb kommst du dann so spät? Antwort: Ach, sie waren froh, daß ich vorbeikam und wollten mich nicht wieder gehen lassen!

BEITRAG AUS "ROTKEHLCHEN" - FS 03

Gut. Also Ernst beiseite und weiter. Nach Ende der Demonstrationkundgebung wußte keine/r, ob die Demonstration nun eigentlich zu Ende wäre oder wohl? - Auf jeden Fall versuchte sich die Menschenmenge unter Polizeibegleitung aufzulösen, doch anscheinend wollten viele Polizisten einfach nicht wahrhaben, daß jetzt schon alles aus sein sollte, wo es doch so lustig war. Da sich aber nun viele Demonstrationsteilnehmer zufälligerweise in die gleiche Richtung (nämlich Uni-Hauptgebäude, wo sicher die Fahrräder standen) bewegten und ihnen Polizisten merkwürdig dichtauf folgten, sahen sie sich genötigt angesichts dieser deutlichen Erwartungshaltung sich wiederum als eine Art Demonstration zu etablieren und liefen demonstrativ auf der Straße.

Einem anderen Teil war dies wohl zu peinlich und blieb auf dem Bürgersteig. So liefen etwa 30 bis 40 Personen hinter dem Sarg und dem Schild mit der Todesanzeige der Biologen auf der Straße her und ca. 20 Leute auf dem Gehweg. Die Passanten mußte dies irritieren. Sie assoziierten damit sicherlich eine neuartige, hinterlistige Demonstrationstaktik der Studenten, nach dem alten militaristischen Motto: Getrennt marschieren - gemeinsam schlagen! Oder etwa eine Vorbereitung auf den Fall, daß ein größerer Teil der offiziell Demonstrierenden verhaftet würde (z.B. wegen Unentschlossenheit während einer angemeldeten Demonstration, Überbeanspruchung polizeilicher Kräfte o.ä.). Dann könnte das Demonstrationsrudiment nahezu unverzüglich und unauffällig durch die Ersatzleute vom Bürgersteig wieder verstärkt werden.

Doch Verhaftungen blieben aus. Ja, im Gegenteil: Die Polizeikräfte unterstützten die Sache der Studentenschaft mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln und brachten denn auch das Kunstwerk fertig, so zu tun, als handele es sich hierbei tatsächlich um eine massenhafte Demonstration im klassischen Sinne. Sie suggerierten den ausstehenden Bürgern durch allerlei Routineabnahmen (Blaulichtfahrzeug), verkehrstechnischen Absicherungen (Absperrung der großen Kreuzung am Behördenhochhaus) und ähnlichem kaschierenden Beiwerk eine eindrucksvolle Protestaktion studentischer Politik. Dieses Bild wurde nur einmal für kurze Zeit gestört, als nämlich die Fußgänger-ampel fatalerweise just dann auf Grün sprang, als sich der Zug anschickte die Kreuzung zu überqueren und sich die vor der Ampel Wartenden in entgegengesetzter Richtung zum Demonstrationzug in Bewegung setzten. Dies stiftete für mehrere Augenblicke Verwirrung, war es doch nunmehr unklar - für Bürger, Polizei und vielleicht auch Demonstranten - welche der beiden, in der Anzahl etwa gleich großen Menschenansammlungen, der ursprüngliche Demonstrationzug ist. Doch auch diese kurzzeitige Krise ging vorüber und Frau/man fand sich im vorherigen Zustand auf der anderen Kreuzungsseite wieder, da es auch diesmal nicht gelang ahnungslose Passanten unauffällig umzukehren und mitzuschleppen.

Denjenigen Demonstranten/innen, die bis zum Schluß der Demonstration aushielten, sei an dieser Stelle ein förmliches Lob ausgesprochen, repräsentieren sie doch die ungebrochene (ungewollte) Fähigkeit der hiesigen Studentenschaft zur bloßstellenden Selbstironie. Die Demonstration, die keine war und wieder doch, verfehlte ihre Intention und demonstrierte dagegen ein weiteres Mal die dumpfe Gelassenheit, das massive Desinteresse und die elitäre politisch-fraktionäre Zerstrittenheit der Studenten/innen in Gießen, mit der auf die an die Existenz mancher Kommilitonen/innen rührenden Streichungen im Hochschulsektor (und anderswo) reagiert wird. Da muß man/frau sich nur noch fragen, wie gut die Verbindungen des AstA zur Presse sein müssen, wenn die Frankfurter Rundschau es fertig bringt am folgenden Tag von 1000 (!) demonstrierenden Studenten/innen in Gießen zu berichten. Kein Zweifel: - Diese "Demonstration" war ihre eigene Absurdität und dokumentierte die Negation studentischer Basispolitik in einer einzigen ans tragikomische reichenden Farce.

AUFLAGE : 2000